

Elternbeiräte verfassen offenen Brief

Widerstand gegen geplante Kürzung der Deputatstunden

Von Eileen Kircheis

EHINGEN - Die Ehinger Elternbeiräte haben bei einer Beratung am Donnerstagabend beschlossen, einen offenen Brief an das Kultusministerium und die Landesfraktionen zu schreiben. „Der Brief soll noch in der kommenden Woche verschickt werden“, sagt die Vorsitzende des Gesamtelternbeirats, Monika Köhler.

Die Eltern wollen sich in dem Schreiben gegen die sogenannte Verwaltungsvorschrift zur Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen wehren. Darin beschließt die Landesregierung die drastische Kürzung der zusätzlichen Lehrerstunden für Organisation und Koordination außerhalb des normalen Unterrichts. Für zusätzliche Aufgaben wie die als Vertrauenslehrer, für die Aufrechterhaltung einer Schulbücherei oder die Weiterentwicklung der Schulkonzepte sollen Lehrer dann künftig keine oder weniger Entlastungstunden erhalten. Diese Aufgaben könne auch niemand von außen übernehmen, so Köhler.

„Die Regierung kann von Schulen nicht immer mehr erwarten und dafür keine Stunden zur Verfügung stellen wollen“, ärgert sie sich. „Man kann nicht einen Porsche fahren, aber nur einen Käfer bezahlen wollen.“ Köhlers vier Kinder sind oder waren selbst Schüler des Gymnasiums. „Es vergeht doch fast keine Woche, in der die Kinder keine Ausfallstunden haben, weil schon jetzt Ver-

treterungslehrer fehlen“, so die Mutter.

Eine Verwaltungsvorschrift wie die geplante muss die Landesregierung nicht öffentlich beraten, „und die Lehrer als Beamte können sich nicht dagegen wehren“, sagt Köhler. Deshalb wollen die Eltern jetzt deutlich machen, dass es für sie so nicht weiter geht.

Durch den Wegfall der verpflichtenden Grundschulempfehlungen würden die Klassen vor allem an Realschulen und Gymnasien immer heterogener und Lehrer müssten deshalb immer mehr Energie für die individuelle Betreuung einzelner Schüler aufbringen. Dadurch dürfe aber nicht die Unterstützung für die „normalen“ Schüler leiden.

Von der Streichung der Entlastungsstunden sei auch die Hausaufgabenbetreuung betroffen, bei der neben Oberstufenschülern auch immer wieder Lehrer im Einsatz sind. Diese Betreuung sei aber schwerwiegender Grund dafür, dass die Akzeptanz der Eltern für das achtjährige Gymnasium mittlerweile gewachsen sei. Sollte diese gestrichen werden müssen, erwarten die Beiräte ein Schwinden dieser Zustimmung.

Die Ehinger Eltern verstehen die geplante Verwaltungsvorschrift als einen Wortbruch der Wahlversprechen und des Koalitionsvertrags, in dem die Landesregierung versprochen habe, die nötigen Aufgaben in der Bildung ohne Kürzungen zu leisten und die notwendigen Mittel im Haushalt bereitzustellen.